

FDP Hersfeld-Rotenburg

FDP WILL KAUFLAND-ANSIEDLUNG AUF DEM SCHLACHTHOF-GELÄNDE AUF DEN WEG BRINGEN!

26.03.2019

Für die Bad Hersfelder FDP genießt die Ansiedlung eines „Kauflandes“ auf dem ehemaligen Schlachthofgelände große Priorität und spricht sich daher klar für den zeitnahen Beginn eines Abweichungsplanverfahrens beim Regierungspräsidium Kassel aus.

Bereits im Juni 2018 hatten sich die Freien Demokraten für die Ansiedlung eines Kauflandes ausgesprochen, nachdem die Projektpläne der möglichen Investoren den Stadtverordneten vorgestellt worden sind. Bezuglich des Standortes spricht sich die FDP nun klar für das ehemalige Schlachthofgelände aus und sieht darin nicht nur eine Aufwertung für das Gelände selbst, sondern hält es, durch die schnell erreichbare Anbindung an die Innenstadt und an das Rechberg-Gelände, für eine ganzheitliche städtebauliche Planung, die Bad Hersfeld nach vorne bringen wird. Für den ortsansässigen Zerlegebetrieb der RVF gelte es daher eine geeignete Ausgleichsfläche zu finden.

Die „Kaufland-Ansiedlung“ erscheint nach Ansicht der FDP sinnvoll, um die Unterversorgung im Lebensmittelbereich zu beenden. Nebenbei betrachtet, biete sie zudem die Chance die Unterführung völlig neu zu gestalten, so dass man künftig in diesem Bereich nicht mehr über Videokameras diskutieren müsse. Der bevorstehende Umzug der Stadtverwaltung in das ehemalige Telekom-Gebäude und der geplante Umbau des ehemaligen „Herkules-Marktes“ durch den VR-Bankverein passen zudem hervorragend in eine solche ganzheitliche Betrachtung. Den ebenfalls in der Diskussion befindlichen Standort der ehemaligen Ford-Zentrale hält die FDP im Gegensatz zu einigen irritierenden Aussagen aus dem GMA-Gutachten für ausgeschlossen, da dieser

zu weit abseits der Kernstadt liegt.

Um die Pläne jedoch tatsächlich realisieren zu können ist ein Abweichungsverfahren vom Regionalplan und vom Landesentwicklungsplan durchzuführen, da die Fläche derzeit als Vorrangfläche für Industrie eingestuft ist. Zudem müssen sowohl die Stadt als auch die Investoren aufzeigen, dass die Auswirkungen für die Nachbarzentren verhältnismäßig sind, ein Verkehrsgutachten erstellt werden und das städtebauliche Konzept für die Integration des Standortes zur Innenstadt konkretisiert werden.

Während die Stadtverwaltung von einer Zustimmung der Regionalversammlung Nordhessen bislang nicht überzeugt zu sein scheint, so hält FDP-Fraktionschef Bernd Böhle, welcher zugleich auch FDP-Vorsitzender in der Regionalversammlung Nordhessen ist, die Chancen, aufgrund eigener Gespräche mit dem Dezernat für Siedlungsentwicklung und Städtebau beim Regierungspräsidium Kassel, hingegen für gut.

„Wenn sowohl die Investoren als auch wir als Stadt unsere Hausaufgaben ordentlich machen und uns einig sind, dann werden wir von den überregionalen Behörden keine Steine in den Weg gelegt bekommen. Dies habe ich aus den Gesprächen entnehmen können. Selbstverständlich müssen die Auswirkungen für andere Kommunen mit bedacht werden, aufgrund der bisherigen Aktenlage deutet es jedoch darauf hin, dass die Verhältnismäßigkeit gegeben bleibt. Unsere Fraktion wird daher für den zeitnahen Beginn des Abweichungsplanverfahrens eintreten.“, sagt Bernd Böhle abschließend

Beitragsbild von Stefanie Harth, www.osthessen-news.de